

Kassel, 23.10.2007

**Beschlussempfehlung
an die Stadtverordnetenversammlung**

Kommunale Bildungsverantwortung

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und Grüne
- 101.16.688 -

Berichtersteller/-in: Stadtverordnete Lipschik

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

1. sich weiterhin auch auf den überregional zuständigen Ebenen (Bund: Sozialgesetzgebung, Land: Kultus- und Sozialministerium) deutlich dafür einzusetzen, dass die Interessen der Kinder aus einkommensschwächeren Familien, insbesondere was die schulische Grundausstattung betrifft, besser gewahrt werden.
2. ein Konzept für einen kommunalen Bildungsfonds vorzulegen. Der Fonds soll an einzelnen Schulen vorübergehend sicherstellen, dass Kinder aus einkommensschwächeren Haushalten ausreichend Schul- und Lernmaterial erhalten und die Teilnahme an Essensversorgung und Aktivitäten der Schule in Einzelfällen unterstützt werden kann. Dieser Fonds soll auch von Privatpersonen und Stiftungen mitgetragen werden. Die notwendige Ausstattung und der Bedarf an Schulen ist vom Magistrat zu ermitteln.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, FDP

Ablehnung: ---

Enthaltung: CDU, Kasseler Linke.ASG
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und B90/Grüne betr. Kommunale Bildungsverantwortung, 101.16.688, wird **zugestimmt**.

Hannelore Diederich
Vorsitzende

Anja Koch
Schriftführerin